

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Abendzeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

9. Jahrgang

Tientsin, Mittwoch, den 5. Januar, 1938

Nr. 2231

Der alte Kurs

Roosevelts Botschaft an den Kongress

Washington, den 4. Januar (Reuter) Präsident Roosevelt sprach gestern in seiner mit Spannung erwarteten Botschaft an die zweite regelmässige Sitzung des 75. Kongresses seinen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der demokratischen Regierung aus. Trotz der entschlossenen Friedensliebe des amerikanischen Volkes sei es, wie er sagte, klar geworden, dass die Handlungen und die Politik von Nationen in anderen Teilen der Welt weitreichende Wirkungen nicht nur auf ihre unmittelbaren Nachbarn, sondern auch auf die Vereinigten Staaten ausübten.

„Es freut mich, sagen zu können, dass unsere Nation Frieden hat. Es hat am Frieden festgehalten trotz Herausforderungen, welche zu anderen Zeiten wegen ihrer Schwere wohl den Krieg entfesselt haben könnten. Volk und Regierung der Vereinigten Staaten haben ein Mass der Zurückhaltung und zivilisiertes Streben nach dem Frieden gezeigt. Andererseits aber halten wir die Unverletzlichkeit auf, die der Souveränität des 130 Millionen Volkes inneohnt, wenn wir nicht unsern Einfluss für den Frieden schwächen und zerstören und unsere Souveränität selbst in Frage stellen wollen. Es ist unsere überkommene Politik im Frieden mit anderen Völkern zu leben und ausserdem gehören wir zu den führenden Mächten, die für die Anwendung friedlicher Methoden in der Auseinandersetzung und für die Versöhnung bei internationalen Streitigkeiten sind. Wir haben für eine Einschränkung der Wehrmacht gekämpft, aber in einer Welt der Hochspannung und der Unordnung, in der eine fest gegründete Zivilisation tatsächlich bedroht ist, wird es die Pflicht einer jeden Nation, die nach dem Frieden im Innern und dem Frieden mit und unter den andern strebt, dass sie stark genug ist, um diesen Grundsätzen einer friedlichen Lösung von Streitigkeiten Geltung zu verschaffen, die doch nur die letzte Grundlage einer geordneten Existenz sind.“

Entschlossen in unserem Willen, die Rechte der andern zu achten und Achtung für unsere eignen Rechte zu fordern, müssen wir uns mit einer entsprechend starken Wehrmacht versehen. Es gibt eine Strömung, die den Buchstaben und den Geist der Verträge aufgeben möchte, wir aber verlangen die Beobachtung unserer eignen Vertragsverpflichtungen, wie wir immer getan haben, können aber nicht gewiss sein, dass andere ihrerseits in Gegenseitigkeit dies tun. Die Missachtung der Vertragsverpflichtungen scheint in einer Form der Regierung, die der demokratischen fremd ist, an die Oberfläche gekommen zu sein. Es möchte daher scheinen, dass der auf internationalen Abkommen beruhende Weltfriede am sichersten in den Händen der demokratischen Regierungen ist. Mit anderen Worten, der Friede ist mehr in Frage gestellt, in und durch die Völker, die die Demokratie zum Alten Eisen geworfen oder niemals entwickelt haben. Ich glaube immer noch, dass letzten Endes die zivilisierten Menschen auf einer echten Teilnahme an der eigenen Regierung bestehen werden. Unser Volk glaubt, dass im Laufe der Jahre die Demokratie in den Ländern, die sie heute nicht kennen, wieder hergestellt sein wird. In diesem Glauben liegt der zukünftige Friede der Menschheit.“

(Die weiteren Ausführungen des Präsidenten Roosevelt bezogen sich auf die innere Politik der Vereinigten Staaten, u.a. sagte er: „Wir haben das Einkommen der Nation von 38 Milliarden Dollar im Jahre 1932 auf etwa 68 Milliarden Dollar im Jahre 1937 gesteigert und wollen es auf 90 Milliarden oder 100 Milliarden Dollar weiter steigern.“)

Zu den Arbeiterunruhen sagte Präsident Roosevelt ferner, es sei bedauerlich, dass die verschiedenen Rechtsauffassungen unter den Arbeitern selbst in gewissen Industriezweigen die Erzeugung aufgehalten haben. Er hielt es für sofort wünschenswert, die Löhne der am schlechtesten bezahlten Gruppen in der ganzen Industrie zu erhöhen und mehr an die Bezahlung der Arbeiter im ganzen Jahre als in Lohnsätzen je Stunde oder je Tag zu denken. Er schloss mit den Worten: „Ich schlage nicht vor, das Volk niedergehen zu lassen, und ich bin sicher, dass der Kongress der Vereinigten Staaten das Volk nicht niedergehen lässt.“

Was Roosevelt ganz übersehen hat

Berlin, den 5. Januar (Sender). Zur Rede des Präsidenten Roosevelt im amerikanischen Kongress

schreibt „Evening News“, niemand könne behaupten, dass es den Völkern in demokratischen Ländern besser gehe als in autoritär regierten. Es gäbe sogar Fälle des Gegenteils.

Der neue britische Botschafter

London, den 3. Januar (Transocean) Die Ernennung von Sir Robert Vansittard zum ersten diplomatischen Ratgeber der britischen Regierung bedeutet nicht, dass Vansittard als Nachfolger auf dem Posten des ständigen Direktors des Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, von seiner Pflicht als Ratgeber des Ausenstaatssekretärs entbunden wird, meint der Aussenpolitiker des „News Chronicle“ am Montag. Vansittard wird mit den mehr allgemeinen Fragen der britischen Politik zu tun haben und viele der öffentlichen Aufgaben übernehmen, die früher dem Ausenstaatssekretär Eden zugefallen waren.

Der Aussenpolitiker der „Daily Mail“ nennt Sir Robert Vansittard Englands „Bevollmächtigten Botschafter“ und vermutet, dass er seine meiste Zeit auf Reisen zubringen wird. Seine Stellung sei der des persönlichen Ratgebers und Sonderbotschafters des Präsidenten Roosevelt, Norman Davis, vergleichbar. Die Zeitung meint, dass diese Ernennung eine Reihe von Aenderungen in der Beamtschaft Aui mswärtigen Amte einleite.

Die neue britische Palästina-Kommission

Berlin, den 5. Januar (Sender). Der englische Kolonialminister veröffentlichte ein Weissbuch über Palästina, das auch die Vollmachten für die nach Palästina ausgehende Kommission enthält. (Störungen). Die englische Regierung hat sich nicht auf die Einzelheiten des Teilungsplanes der früheren Kommission festgelegt, hält aber grundsätzlich an der Teilung Palästinas in 3 Teile fest. Die neue Kommission soll Bericht über die Teilung erstatten, ihre Erhebungen dürften wegen der Schwierigkeiten des Falles mehrere Monate in Anspruch nehmen.

Die Wirkungen des rumänischen Umschwunges

Die Botschaft des Duce an den rumänischen Ministerpräsidenten

Rom, den 3. Januar (Transocean) Der Duce sandte am Sonntag dem rumänischen Ministerpräsidenten auf dessen Neujahrstelegramm an den Duce das folgende Telegramm: „Ich danke Euerer Exzellenz für Ihr Telegramm anlässlich der Ernennung der neuen Regierung und ich bin ausserordentlich erfreut über Ihre Absicht, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu verbessern, Beziehungen, die, wie ich hoffe, einmal die Grundlage einer aufrichtigen Freundschaft bilden werden. Ausser der römischen Abkunft, auf die sich Euere Exzellenz beziehen und auf die Rumänien mit Recht stolz ist, gibt es noch viele andere Faktoren, die es möglich machen, eine aufbauende Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen zu Stande zu bringen. Da sich nun Euere Exzellenz daran machen, die schwierigen Aufgaben zu erfüllen, die Ihnen der König aufgetragen hat, sende ich Ihnen meine freundlichen Grüsse und den Ausdruck meiner Wertschätzung im Gedenken an unsere persönlichen Begegnungen.“

Die rumänische Aussenpolitik

Berlin, den 5. Januar (Sender). In Bukarest gab gestern der neue rumänische Aussenminister eine Erklärung über die zukünftige rumänische Aussenpolitik ab. Er unterstrich Rumäniens Treue zu seinen Verbündeten und sagte, dass die rumänische Aussenpolitik von der Beeinflussung durch innenpolitische Fragen frei sei. Er habe bereits alle Vertreter der ausländischen Mächte in Bukarest darauf hingewiesen, dass die Gerüchte über eine Aenderung der rumänischen Aussenpolitik unbegründet seien. Die rumänische Regierung werde zu den Verträgen mit

Verhaftung des französischen Konsuls in Irun

Berlin, den 6. Januar (Sender.) In der nordspanischen Stadt Irun wurden der dortige französische Konsul und 30 französische Arbeiter verhaftet. Dem Konsul wird zur Last gelegt, er habe Spionage zu Gunsten Rotspaniens getrieben. Man erwartet einen französischen Protest.

Es wird weiter hingerichtet

Moskau, den 3. Januar (Transocean) Der sowjetische Gerichtshof in Eriwan hat 8 Parteibeamte zum Tode verurteilt. Den Verurteilten war zur Last gelegt worden, sie hätten sich verräterisch betätigt und hätten insbesondere einen bewaffneten Aufstand zur Abtrennung von Armenien von der Sowjetunion und Stellung Armeniens unter den Schutz einer fremden kapitalistischen Macht vorbereitet. Gegen dieses Urteil gibt es keine Berufung. Einer der Verurteilten ist der frühere Landwirtschaftskommissar der armenischen Sowjetrepublik Mamilonjan.

Die Kritik an Stalins Vorgehen bei der Durchführung der diplomatischen Vertreter im Auslande hat die Verhaftung des Professors Sabanin, des Direktors der juristischen Abteilung im sowjetischen Aussenamt, zur Folge gehabt. Litwinoff soll bei der GPU gegen die Verhaftung seines Mitarbeiters Einspruch erhoben haben, soll aber bei Jeshoff, dem Chef der GPU, nichts erreicht haben. Der Zentravollzugsausschuss der Partei hat zum neuen Pressechef der allrussischen kommunistischen Partei einen gewissen Nikitin ernannt, der damit Hauptschriftleiter der „Pravda“ geworden ist. Sein Vorgänger Leo Miechlis ist mit der Leitung der politischen Verwaltung der roten Armee betraut worden.

Kommunistische Agenten verprügelt

Berlin, den 5. Januar (Sender). Polnische Arbeitslose verprügelten kommunistische Agenten, die im Auftrage der Komintern von ihnen neue Geldopfer für die spanischen Roten verlangten. Sie machten den Behörden davon Anzeige und so wurden 3 dieser Agenten in Haft genommen.

(Fortsetzung Seite 8)

Frankreich und den Staaten des Kleinen Verbandes und des Balkanbundes stehen. Er sagte, dass die ausländische Presse zuerst einmal gewissenhaft und ehrlich die gesamte Lage studieren sollte, ehe sie darüber urteile.

Auch die Türkei den Juden verschlossen

Belgrad, den 3. Januar (Transocean) Hier verlautet, dass die türkische Regierung die Absicht hat, dem Beispiele von Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn und Oesterreich folgend, ihre Grenze gegen den Uebertritt jüdischer Flüchtlinge aus Rumänien zu schliessen.

Die heimatlosen rumänischen Juden

Berlin, den 5. Januar (Sender). Die aus Rumänien auswandernden Juden werden in allen Nachbarstaaten abgelehnt. Auch die tschechoslowakische Regierung plant das Verbot der Einwanderung der Juden. Um aber nicht in den Ruf des Antisemitismus zu kommen, werden die Massnahmen mit dem Schutz des Arbeitsmarktes begründet.

In Rumänien ist man grossen Valutaschiebungen der Juden auf die Spur gekommen, mit der diese Unruhe stiften und das rumänische Volksvermögen schädigen wollten.

Amerikanischer Botschafter bei Chautemps

Berlin, den 5. Januar (Sender). Der französische Ministerpräsident empfing gestern den Botschafter der Vereinigten Staaten und den rumänischen Gesandten in Paris.